

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

A 0288/2025 (VWD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Abbau übermässiger Bürokratie, Regulierung und administrativer Belastungen im Kanton Solothurn (17.12.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat bis Ende 2026 ein Programm zum Abbau übermässiger Bürokratie, Regulierung und administrativer Belastungen im Kanton Solothurn vorzulegen. Dieses Programm soll sicherstellen, dass der Kanton Solothurn in allen Bereichen, in denen er über eigene Regelungs- und Vollzugskompetenz verfügt, messbar entlastet wird – für Bevölkerung, Unternehmen, Institutionen und Verwaltung gleichermaßen.

Das Programm hat insbesondere folgende Elemente zu enthalten:

1. Erfassung und Transparenz: Erstellung eines Regulierungsinventars, das nicht nur Gesetze und Verordnungen, sondern auch untergesetzliche Vorgaben wie Reglemente, Richtlinien, Formulare, Bewilligungspflichten und Checklisten umfasst.
2. Verbindlicher Regulierungs- und Bürokratiecheck: Einführung eines standardisierten Prüfverfahrens, das bei jeder bestehenden oder neuen Regelung zwingend klärt, ob sie aus Sicht Verwaltung, aber insbesondere auch aus Sicht Bevölkerung, Unternehmen und Institutionen notwendig, verhältnismässig und rechtlich zwingend ist, oder ob sie vereinfacht, zusammengeführt oder aufgehoben werden kann («Braucht es das überhaupt?»-Prinzip).
3. Reduktions- und Vereinfachungsziel: Festlegung eines mehrjährigen Abbauplans, der konkrete Entlastungen umsetzt, z. B. durch schlankere Gesetzesstrukturen, die Aufhebung überflüssiger Vorgaben, die Reduktion von Bewilligungs- und Dokumentationspflichten sowie die Vereinfachung von Formularen und Prozessschritten.
4. Laufende Transparenz über Verbesserungen: Laufende Transparenz über die Verbesserung in der Regulierungslast (neu geschaffene vs. aufgehobene Vorgaben, Wirkungsanalyse, Entlastungseffekte). Dies positioniert den Kanton Solothurn als schlanken Regulator und ermöglicht eine politische Steuerung der Bürokratie unterhalb der Verordnungsebene.

Begründung 17.12.2025: schriftlich.

Trotz Annahme der KMU-Förderinitiative «Weniger Bürokratie – mehr Arbeitsplätze» und des Verfassungsartikels KV 121 Abs. 5 nimmt der Umfang staatlicher Regulierungen seit Jahren zu. Nicht nur in gesetzlichen Vorgaben, sondern vor allem durch Verwaltungsvorgaben wie Richtlinien, Formulare oder interne Weisungen. Diese Regelungen erzeugen wachsenden Aufwand für Unternehmen, Privatpersonen, Institutionen und die Verwaltung selbst. Bürokratie entsteht dabei zunehmend nicht im Parlament, sondern in der Verwaltung, oft ohne politische Kontrolle. Ein wirksamer Abbau administrativer Belastungen ist deshalb nur möglich, wenn sämtliche Ebenen staatlicher Vorgaben erfasst, überprüft und wo nötig reduziert werden. Mehrere Kantone und der Bund haben bereits entsprechende Programme lanciert. Solothurn kann sich als moderner, bürgernaher und wirtschaftsfreundlicher Standort positionieren, indem unnötige oder unverhältnismässige Vorgaben vereinfacht oder aufgehoben werden, ohne Schutzstandards zu gefährden.

Unterschriften: Probst Daniel, Schlatter Patrick, Aschberger Richard, Beer Samuel, Borner Matthias, Boss Markus, Burger Marco, Bürgi Denise, Cartier Daniel, Dick Markus, Dietschi Markus, Fischer Tobias, Frey Thomas, Fürst Thomas, Gasser Kuno, Giger Thomas, Gloor Fabian, Grimbichler Michael, Häner David, Herzog Christian, Jacomet Pascal, Kiefer Robin, Kummli

Michael, Künzli Beat, Kupper Edgar, Lindemann Georg, Meppiel Andrea, Misteli Manuela, Plüss David, Ritschard Stephanie, Rohr Jennifer, Ruchti Werner, Rufer Martin, Rusterholz Simone, Spielmann Markus, Stärkle Diana, von Arx Thomas, Weisskopf Sabrina, Wenger Thomas, Wyss Marianne (40)